

Um die Sonderstellung Galiziens

p. p. Die Frage beginnt jetzt, in Anbetracht der bevorstehenden Einberufung des österreichischen Reichsrates, in den Wiener politischen Kreisen das allgemeine Interesse auf sich zu lenken. Die deutschen Kreise Oesterreichs haben bisher nur die Vorteile für eine parlamentarische Majorität gesehen, die ihnen die Ausscheidung der galizischen Abgeordneten bringen würde. So erklärt sich, daß sie sich ziemlich rasch und leicht mit dem Reskript vom 5. November 1916 abgefunden haben. Heute aber, wo die Sonderstellung in unmittelbare Nähe gerückt ist, melden sich die Vertreter der wirtschaftlichen Interessen, besonders der Industrie und der Finanzen und sehen sich jeder Forderung des Verhältnisses zwischen Wien und Galizien entgegen. Die Forderung des Polenklubs auf den Landtag die ganze Gesetzgebung in Handels- und Industrieangelegenheiten zu übertragen, sowie auch die starke Tendenz zur Industrialisierung des Agrarlandes Galiziens stellen sich den Interessen der westösterreichischen Kapital- und Industriewelt entgegen, die nun ihrerseits zum Kampf gegen das polnische Autonomieprogramm mobilisiert. Interessante Streiflichter darüber werfen die Versammlungen, die vor wenigen Tagen in der „Oesterreichischen Politischen Gesellschaft“ in Wien stattgefunden haben. Auf den einleitenden, das polnische Problem und insbesondere die Sonderstellung Galiziens gründlich erschöpfenden Vortrag des Reichsratsabgeordneten Professor von Halban (Lemberg) schloß sich an zwei weiteren Abenden eine rege Debatte an, an der unter anderem der ehemalige Reichsratsabgeordnete Dr. Steinhöfer und die Abgeordneten Baron Nikolaus v. Wassilko, Prof. Dr. Redlich, Dr. Waber, Dr. Friedman, Dr. Stolper und polnischerseits Abg. Dr. v.

Löwenstein teilgenommen haben. Die Vertreter des Polenklubs hatten keinen leichten Strauß auszufechten. Besonders der Ruthene Baron Wassilko trat als entschiedener Gegner der Sonderstellung Galiziens auf. Andererseits war es Prof. Redlich und den übrigen Vertretern des deutsch-österreichischen Großunternehmertums um den Beweis zu tun, daß eine Sonderstellung Galiziens die allgemeinen Staatsinteressen gefährde, da ein bedeutendes Absatzgebiet dem direkten Einfluß der Wiener Finanz- und Industriewelt entgleiten würde.

Die polnischen Vertreter wiesen in der Entgegnung auf den internationalen Charakter der polnischen Frage hin. Das ganze Problem darf weder vom innerpolitischen Standpunkt des Stimmverhältnisses im Parlament, noch aus wirtschaftlichen Erwägungen betrachtet werden. Abg. v. Löwenstein betonte, daß die Polen bezw. das Oberste Nationalkomitee bereits am 16. August 1914 die Frage im Zusammenhange mit dem Schicksal Kongreß-Polens aufgerollt haben und gerade sie (die Polen) sind am wenigsten schuld daran, daß der 5. November 1916 nur das kaiserliche Schreiben betreffs Sonderstellung Galiziens brachte. In diesen Rahmen müssen die Polen aber die Frage im Sinne der weitestgehenden nationalen Autonomie ausbauen.